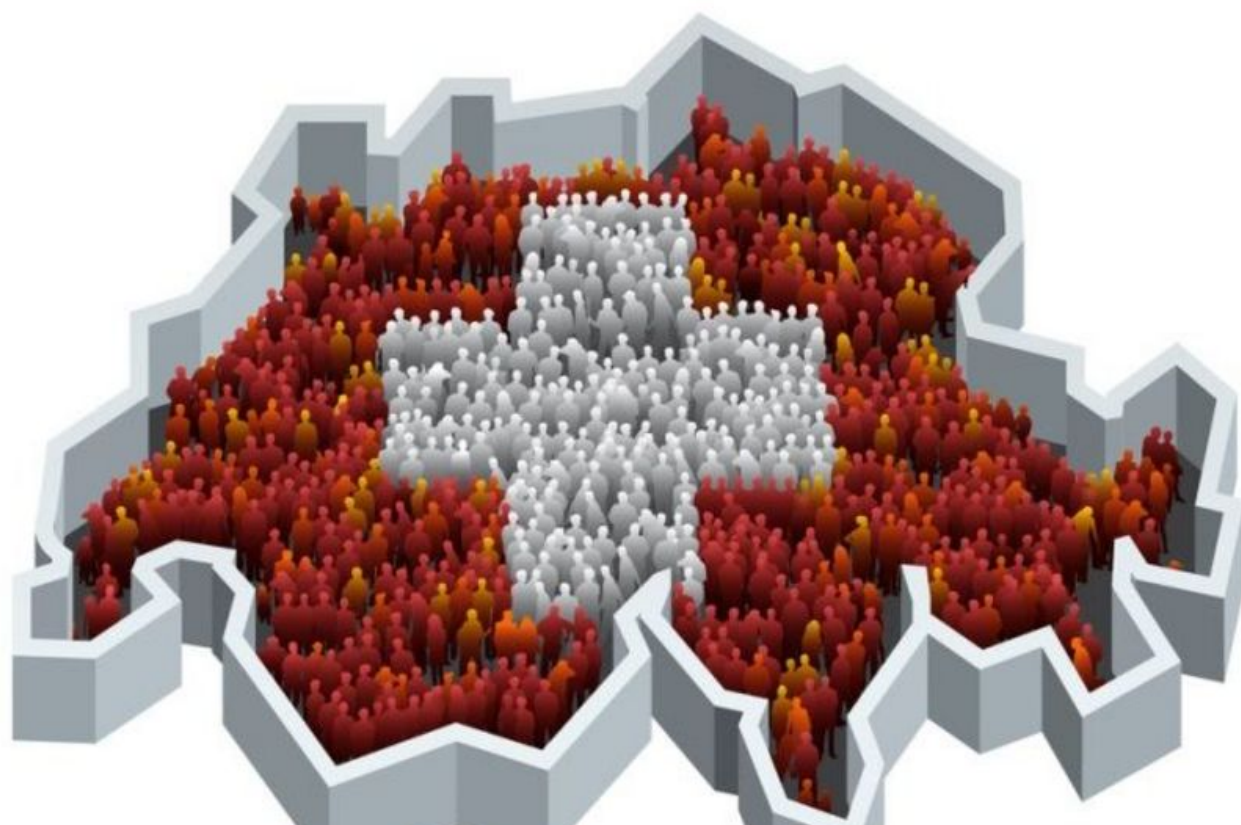


Masseneinwanderungsinitiative bedroht vor allem die Hotels in den Bergen

Der Branchenverband hotelleriesuisse fordert zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, dass Kurzaufenthalter bis zu einer Aufenthaltsdauer von zwölf Monaten von einer Kontingentierung ausgenommen werden. Insbesondere die Berghotellerie fürchtet, sonst nicht genug Personal zu finden und in existenzielle Schwierigkeiten zu geraten.



Kurzaufenthalter und Saisoniers sollen unabhängig von Kontingenten in der Schweiz bis zu zwölf Monate lang arbeiten dürfen, verlangt der Branchenverband.

«hotelleriesuisse fordert, dass die Masseneinwanderungsinitiative für die Branche faktisch nicht gilt», folgerte die in Chur beheimatete Tageszeitung «Südostschweiz». Davon will hotelleriesuisse allerdings nichts wissen.

Fakt sei, dass Grenzgänger und Kurzaufenthalter keine permanenten Arbeitskräfte seien, antwortete Christophe Hans, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik, auf Anfrage. Diese Angestellten würden ja grundsätzlich keinen permanenten Aufenthalt anstreben. Der Branchenverband ist überzeugt, dass mit der Forderung der Volkswille nicht missachtet wird.

Konkurrenz von wertschöpfungsstarken Branchen

hotelleriesuisse befürchtet, dass Hotels ihren Bedarf an guten Arbeitskräften nicht mehr decken könnten, sollte die Forderung nicht erfüllt werden. Das wiederum würde sich negativ auf die Qualität des Angebotes auswirken und zudem Kosten und Aufwand der Mitarbeitersuche und -ausbildung hochtreiben.

Eine Einschätzung, die von Hoteliers im Alpenraum geteilt wird, wie eine Umfrage der Nachrichtenagentur sda bei den kantonalen Hoteliervereinigungen zeigt. Die personalintensive Branche rechnet damit, im Wettbewerb um Kontingente den Kürzeren zu ziehen gegenüber wertschöpfungsstarken Branchen, etwa der Pharmaindustrie.

«Wenn wir bei der Kontingentsverteilung in Konkurrenz geraten zu Branchen, die hochqualifizierte Arbeitskräfte suchen, werden wir einen schweren Stand haben», meint etwa Markus Schmid, Präsident von hotelleriesuisse Wallis. Ohne eine Befreiung von Kontingenten fänden saisonal arbeitende Hotels schlicht die Leute nicht, die sie brauchten. Mit Schweizern schaffe man es nicht, alle Stellen zu besetzen. «Diese Situation wäre dann existenzbedrohend.»

Weiterer Stein im Rucksack

«Ein völlig unnötiger Stein im Rucksack des Berghoteliers wäre eine strikte Kontingentierung auf jeden Fall», sagt Ernst Aschi Wyrsh, Präsident von hotelleriesuisse Graubünden.

Mit der Euroschwäche, den hohen Lebensmittel- und Lohnkosten und der schwieriger werdenden Wintersituation mit schneearmen Wintern und verregneten Sommern lägen da schon genug Steine drin. Dazu komme die unfaire mediale Dauerthematisierung der «preislichen Unattraktivität» eines Urlaubes im eigenen Land.

Wyrsh befürchtet nicht nur die Konkurrenz anderer Branchen, sondern auch die der Hotels in Städten. Dort seien die Löhne oft höher und Stellen ganzjährig anstatt saisonal. «Wir aber brauchen die guten Ganzjahresangestellten auch», sagt er. «Solche, die nach der Wintersaison im Sommer wiederkommen.»

Die Berghotellerie brauche die zwölf kontingentbefreiten Monate um gute Mitarbeiter zu halten, sagt Wyrsh. Hotelangestellte würden heute schon oft in den Bergen ausgebildet und später in Städte abgeworben. Mit einer Kontingentierung oder einer Befreiung für nur vier Monate gemäss Bundesratsvorschlag, würde sich diese Situation verschärfen, ist er überzeugt.

Ohne zwölf kontingentbefreite Monate falle der Jahresvertrag als Mitarbeiterbindungselement weg. Ein Angestellter mit einem Vier-Monats-Vertrag aber sei viel mobiler und lasse sich einfacher abwerben. «Wir würden einen Know-How-Abfluss in die Städte erleben», warnt Wyrsh.

«Selbstmordprogramm» für Berghotellerie

Ähnlich tönt es aus dem Berner Oberland. «Wenn der ausländische Mitarbeiter eine Bewilligung nur für vier Monate erhält, dann kommt er für eine Saison und allenfalls nicht mehr wieder», sagt der Präsident des dortigen hotelleriesuisse Regionalverbandes, Urs Bircher. Kaum eingearbeitet, gehe der Mitarbeiter schon verloren.

Zudem würde ein Hotelbetrieb jedes Jahr zwei solcher viermonatigen Arbeitsbewilligungen für eine Stelle brauchen. «Man spricht in der Politik von Effizienz und schleudert uns ins letzte Jahrtausend zurück, was die Bürokratie angeht», kritisiert Bircher.

Eine strikte Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wäre ein «Selbstmordprogramm» für die Berghotellerie, das die Kosten hochtreiben und die Rahmenbedingungen erschweren würde, fasst Wyrsh zusammen.

Ein Grossteil der Berghoteliers stehe mit dem Rücken zur Wand. Die Branche brauche bessere Rahmenbedingungen, «damit wir eine Überlebenschance haben». Oder wie es der Walliser Hotelierpräsident Schmid formuliert: «Für die Berghotellerie ist es fünf vor zwölf.»

(Jara Uhricek/sda/mma)

Publiziert am Donnerstag, 01. September 2016